

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Bundesregierung
- Drucksache 16/13396 -**

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolu- tion 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und Folgeresolutionen

A. Problem

Die Lage in Darfur, im Westen Sudans, bleibt äußerst angespannt. Anhaltende Kämpfe zwischen Regierungstruppen, Rebellen und Milizen sowie eine zunehmende Bedrohung durch bewaffnete Banditen belasten die ohnehin prekäre humanitäre Lage der Zivilbevölkerung in Darfur. Eine politische Lösung des Darfur-Konflikts steht aus, auch die angespannten Beziehungen zwischen dem Sudan und Tschad belasten die Lage in Darfur. Daher beantragt die Bundesregierung die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID).

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat mit Resolution 1769 (2007) am 31. Juli 2007 die Friedensmission für zunächst zwölf Monate mandatiert und mit Resolution 1828 (2008) am 31. Juli 2008 verlängert.

Die hierfür vorgesehenen Kräfte können eingesetzt werden, solange ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen, längstens jedoch bis zum 15. August 2010. Der Einsatz wird fortgesetzt ohne inhaltliche Änderungen und unter Fortgeltung der Regelungen der Beschlüsse der Bundesregierung vom 7. November 2007 (Bundestagsdrucksache 16/6941), dem der Deutsche Bundestag am 15. November 2007 zugestimmt hat, und vom 13. August 2008 (Bundestagsdrucksache 16/10106), dem der Deutsche Bundestag am 17. September 2008 zugestimmt hat.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben werden - sofern nicht von den Vereinten Nationen getragen bzw. erstattet - aus dem Einzelplan 14 finanziert. Sie werden für die Dauer von zwölf Monaten und bei einem Einsatz von bis zu 250 Soldatinnen und Soldaten rund 1,89 Mio. € betragen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2009 rund 0,65 Mio. € sowie auf das Haushaltsjahr 2010 rund 1,24 Mio. €.

Aufgabe von UNAMID ist es, die umgehende und wirksame Umsetzung des Darfur-Friedensabkommens vom 5. Mai 2006 sowie des Ergebnisses der unter Vermittlung der Vereinten Nationen und der Afrikani-

schen Union geführten Friedensverhandlungen zu unterstützen. UNAMID ist nach Kapitel VII der VN-Charta autorisiert. Zur Ausführung einzelner Teilaufgaben schließt dies die Anwendung von Gewalt ein.

Inzwischen sind von den vom VN-Sicherheitsrat für UNAMID autorisierten circa 26.000 Soldaten und Polizisten 15.686 im Einsatz (Stand 30. April 2009). Dies konnte insbesondere durch eine in den letzten Monaten verbesserte Zusammenarbeit der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union mit der sudanesischen Regierung im Rahmen eines gemeinsamen Komitees erreicht werden.

Zudem haben sich bei den Vereinten Nationen in New York wichtige Staaten, darunter Deutschland, zu einer „Freundesgruppe“ zusammengeschlossen, um in enger Abstimmung mit dem VN-Sekretariat Wege zu finden, den Aufwuchs der Mission zu unterstützen.

Gemäß dem Antrag der Bundesregierung ist die deutsche Beteiligung an UNAMID ein wichtiges Zeichen, insbesondere an die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union, dass Deutschland das internationale Engagement in Darfur unterstützt.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

elektronische Vorab-Fassung*

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/13396 anzunehmen.

Berlin, den 30. Juni 2009

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Hartwig Fischer (Göttingen)
Berichtersteller

Brunhilde Irber
Berichterstellerin

Marina Schuster
Berichterstellerin

Dr. Norman Paech
Berichtersteller

**Marieluise Beck
(Bremen)**
Berichterstellerin

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht der Abgeordneten Hartwig Fischer (Göttingen), Brunhilde Irber, Marina Schuster, Dr. Norman Paech und Marieluise Beck (Bremen)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/13396** in seiner 227. Sitzung am 18. Juni 2009 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie dem Haushaltsausschuss gem. § 96 GO-BT überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 147. Sitzung am 30. Juni 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 109. Sitzung am 30. Juni 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 30. Juni 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD; FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 92. Sitzung am 29. Juni 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 92. Sitzung am 30. Juni 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

IV. Beratung im Haushaltsausschuss

Der **Haushaltsausschuss** nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Berlin, den 30. Juni 2009

Hartwig Fischer (Göttingen)

Berichterstatter

Brunhilde Irber

Berichterstatterin

Marina Schuster

Berichterstatterin

Dr. Norman Paech

Berichterstatter

Marieluise Beck (Bremen)

Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung*